

<sup>1</sup> Die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) [eng.: Sahrawi oder Saharawi Arab Democratic Republic], die am 27. Februar 1976 ausgerufen wurde, ist das einzige Land, das noch um seine Unabhängigkeit kämpft. Seine Aufnahme in die Afrikanische Union (AU) führte dazu, dass Marokko, das gegen die Unabhängigkeitsbewegung ist, das einzige afrikanische Land ist, das die Mitgliedschaft in der Afrikanischen Union ablehnt.

<sup>2</sup> Siehe Basil Davidson, *The Black Man's Burden: Africa and the Curse of the Nation-State*, Oxford 1992.

<sup>3</sup> Siehe *Gaudium et spes*, in: LThK, Bd. 14: Das Zweite Vatikanische Konzil. Konstitutionen, Dekrete und Erklärungen, Teil III, 2. völlig neu bearbeitete Auflage, Freiburg 1968, 280-592.

<sup>4</sup> Für die Kanones siehe *Codex Iuris Canonici. Codex des kanonischen Rechtes*, hg. im Auftr. d. Dt. u. d. Berliner Bischofskonferenz, Kevelaer 1983. Die diskutierten Kanones, die Kleriker betreffen, werden auf Grund von Kanon 672 auf Ordensleute ausgeweitet.

<sup>5</sup> Ebd., XIX u. XXI.

<sup>6</sup> *Gaudium et spes*, Nr. 26, 363.

<sup>7</sup> Deutsche Bischofskonferenz (Hg.), *Der priesterliche Dienst - Gerechtigkeit in der Welt*, Römische Bischofssynode 1971, eingeleitet von Klaus Hemmerle u. Wilhelm Weber, Trier 1972, 96.

Aus dem Englischen übersetzt von Martha M. Matesich

## Glaube und Politik – herausgefordert durch die Globalisierung

José Comblin

Traditionell hätte man zur Bearbeitung dieses Themas von den abstrakten Begriffen des Glaubens und der Politik auszugehen. Theologische Arbeit würde mit einem Vergleich beider Begriffe beginnen, um Übereinstimmungen und Unterschiede festzustellen. Wir aber werden jetzt von der Wirklichkeit des Volkes Gottes ausgehen, von dem konkreten Glauben, wie er heutzutage gelebt wird, und von der konkreten Politik, wie sie tatsächlich praktiziert wird. Damit entgehen wir der Gefahr einer idealistischen Wahrnehmung der Beziehung zwischen einem Glauben, der nicht existiert, und einer Politik, die ebenfalls nicht existiert, und hüten uns davor, lediglich in einer Sphäre der Ideen zu schweben. Stattdessen gelangen wir zu Erkenntnissen darüber, wie die Beziehung zwischen Glaube und Politik in der Welt von heute, der Welt der Ausgeschlossenen, tatsächlich gelebt wird. Ausgangspunkt meiner Beobachtungen ist Lateinamerika. Wahrscheinlich

gibt es auch Analogien in Afrika und Asien. Allerdings verfüge ich darüber nicht über ausreichende Informationen und mir fehlt eine Begegnung mit diesen Kontinenten, die intensiv genug wäre, um mir eine lebensnahe Kenntnis der dortigen Situationen zu ermöglichen.

## **I. Der Glaube**

Wer lebt mit Glauben in unserer Welt? Es sind die Armen. Im Folgenden konzentriert sich unsere Fragestellung auf das Problem von Glaube und Politik aus der Perspektive der Armen. Die herrschenden Klassen sind stark säkularisiert. Sie schaffen eine menschliche Gesellschaft, die vollständig ökonomisch ausgerichtet ist. Alle stellen ihre Arbeit ganz und gar in den Dienst des Marktes und des Strebens nach immer höheren Gewinnen. Gewinn aber erfordert immer neuen Konsum, damit die Maschinen weiter produzieren können. Die herrschenden Klassen brauchen den Konsum und die Werbung bietet dazu unzählige Waren an. Die Herrschenden tun alles dafür, damit die Bürger so viel wie möglich kaufen, denn solange alles Mögliche gekauft wird, mehren die Verkäufer den Gewinn der Unternehmen und schließlich die Anhäufung von Kapital.

In dieser ökonomischen Weltsicht findet Glaube keinen Platz. Dabei weist die herrschende Klasse den Glauben gar nicht zurück. Vielmehr verschwindet er einfach in ihrer Welt, die der Ökonomie völlig untergeordnet ist. Manche bewahren den einen oder anderen Ausdruck des Glaubens wie zum Beispiel die Taufe der Kinder oder das christliche Begräbnis. Sie mögen sich auch gut mit dem Klerus verstehen oder mit dem Papst sympathisieren – allerdings bleibt dies alles äußerlich; es handelt sich nur um Ornamente gesellschaftlicher Beziehungen.

Der Glaube lebt in der unteren Mittelschicht, in der Welt der Arbeiter, auf dem Land und bei den Ausgeschlossenen. Wie heißen die Herausforderungen, denen die Armen mit ihrem Glauben begegnen?

## **II. Die Politik**

Seitens der Armen erfährt die Politik gegenwärtig eine Entwertung. Politik hat das Ansehen verloren, das sie während der letzten zwei Jahrhunderte gewonnen hatte, und verdient heute keinen Respekt mehr, sondern nur noch die Gleichgültigkeit, mit der ihr viele Bürger begegnen. Die Gleichgültigkeit gegenüber der Politik verstärkt aber, dass die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung durch die großen multinationalen Konzerne bestimmt wird, die auf vielfache Weise miteinander verbunden sind und sich gegenseitig unterstützen. Ihr Ziel ist es, den totalen freien Markt bzw. die vollständige Freiheit für ihre Geschäfte durchzusetzen, so wie es in Lateinamerika in den letzten Jahren geschah. Die Politiker können die Geschicke eines Staates nicht mehr lenken. Sie machen Versprechungen, die sie nicht halten, weil ihnen dazu die Mittel fehlen. Faktisch sind sie die dienstbeflissenen Diener der wahren Herren des Landes.

Die Armen haben aufgehört, dieser Politik zu vertrauen. Die vorherrschende Meinung lautet, dass das politische System korrupt und räuberisch sei und dass sich die Politiker längst den wahren Herrschenden unterworfen hätten.

So hat es die Wirtschaft mit ihrem Einfluss geschafft, den Staaten ihr Programm aufzuzwingen. Die Politik verlor das Recht, Entscheidungen zu treffen und zu regieren. Stattdessen entscheiden die Konzerne, und die Staaten übernehmen die Programme der Wirtschaft. Damit wird die Politik nutzlos. Sie wird zu einer großen Verschwendung mit geringen Wirkungen und zu einer riesigen Verwaltung im Dienste der Wirtschaftsverbände.

Dem Staat bleibt dabei aufgetragen, Steuern einzutreiben, um der Wirtschaft bestmögliche Bedingungen zu sichern: ausgebildete Arbeitskräfte, Verkehrswege, Kommunikationsinfrastrukturen, Ernährung, Energie, Wasser. So organisiert der Staat die Hilfe der Armen für die Reichen, denn es sind die Armen, die Steuern zahlen, während die Reichen die Steuer umgehen.

Die Politik hat ihre Glaubwürdigkeit verloren und begegnet täglich wachsender Gleichgültigkeit, vor allem unter den jungen Menschen. In Brasilien zählt der Kongress zu denjenigen Institutionen, die am wenigsten Vertrauen genießen: In Umfragen erreicht der Kongress 1 Prozent, während die Kirche sich mit 37 Prozent noch immer gut an vorderer Stelle der vertrauenswürdigen Institutionen behauptet. Dies geschieht, wenn sich die Abgeordneten von den Bürgern wählen lassen, um sie dann nach der Wahl zu verachten. Es scheint, als sei die Wahl von Politikern lediglich die Entscheidung darüber, wem man das Recht zum Raub zubilligt.

In die Politik zu gehen, ist ein Beruf, ein Karriereweg geworden. Einmal gewählt, hat der Politiker nur noch das Interesse seiner Wiederwahl. Daher verwaltet er den einzigen Apparat, der ihm Absicherung gewährt. Verwalten meint, die bestehenden Institutionen nur deshalb am Laufen zu halten, weil sie bestehen, und ohne zu wissen, zu welchem Zweck. So kann der gesellschaftliche Zustand, so wie er ist, erhalten und jede Beunruhigung verhindert werden, die das Gleichgewicht der bestehenden Ordnung stören könnte. Die Aufgabe von Politikern besteht also darin, wichtige gesellschaftliche Veränderungen zu verhindern und gleichzeitig - um ihre Gehälter zu rechtfertigen - doch so zu tun, als ob sie mit Veränderungen beschäftigt wären.

Die Armen verfallen in immer mehr Gleichgültigkeit. Sie wachen nur dann auf, wenn sie den Eindruck gewinnen, einer Person zu begegnen, die einen anderen Politikertyp vertritt: entschieden, mit dem System zu brechen und die eigentliche Politik wieder auferstehen zu lassen. Manchmal wird diese Hoffnung Realität (Venezuela), in anderen Fällen kommt es zur Desillusionierung (Brasilien).

Die Armen spüren, dass sie nur Objekte in den Händen des globalen Wirtschaftssystems sind. Immer wieder erleben sie, dass ihnen durch riesige Landgeschäfte Millionen Hektar an Boden genommen werden. Die Menschen, die dort seit Jahrhunderten lebten, werden vertrieben und mehren das Heer der Arbeitslosen in den Städten. Die Industrie ersetzt menschliche Arbeitskraft durch Maschinen, so dass die Zahl der Beschäftigten sinkt und die Produktivität dennoch steigt. Ein

anderes Vorgehen besteht darin, den Ort der Fabriken zu wechseln. Produktionsstätten ziehen von Mexiko nach China. Ähnliche Prozesse beginnen auch in Brasilien.

Die Armen verstehen das nicht. Sie wissen nur, dass sie nicht gefragt werden. Sie wissen auch nicht, dass ihre Staaten gezwungen sind, den globalen Plänen der Welthandelsorganisation zu folgen: die Landwirtschaft für Lateinamerika, die Industrie nach China und der Dienstleistungssektor nach Indien. Faktisch zeigt sich in Lateinamerika ein abnehmender Grad der Industrialisierung und der Kontinent verwandelt sich in gewaltige Zuckerrohrplantagen, riesige Sojafelder und Eukalyptuswälder.

Die Armen spüren ihre Machtlosigkeit gegenüber den Kräften, die sie kaum kennen und von denen sie nicht wissen, wer sie bestimmt, wo die Zentren der Entscheidungsfindung liegen, wie viel dort verdient wird und welche Steuern dort gezahlt werden.

Vor diesem Hintergrund ist die Beziehung des Glaubens zur Politik sehr schwach. Wie soll man die Armen davon überzeugen, dass sie Macht besitzen und politisch handeln können, wenn sie den Eindruck haben, nichts zu begreifen, und selbst Politiker nichts verändern können und nur wie Angestellte des Wirtschaftssystems agieren. Bischof Oscar Rodrigues Maradiaga, Kardinalerzbischof von Tegucigalpa (Honduras), sagte einmal: „Wir befinden uns in einer schlafenden Kirche.“ Das Volk der Armen steht draußen und kämpft täglich neu und ohne Absicherung für die Zukunft um das Überleben. Die Politik liegt weit außerhalb der Reichweite dieser Armen.

### **III. Die Rolle der Religion der Armen**

Religion erfüllt eine wichtige Rolle: Sie hilft zu leben. Dabei hat sie ihre Bedeutung für die Politik verloren. Dem christlichen Volk, das sich seiner globalen Machtlosigkeit bewusst ist, bleibt nur noch Gott. Wenn es Gott nicht gäbe, wer sollte dann die Armen verteidigen? Die Armen rechnen immer noch mit Wundern und der Klerus fängt wieder an, diese Form der Religion zu unterstützen. Die Pillen von Frei Galvão, der jüngst in Brasilien heilig gesprochen wurde, bewirken Wunder. Es handelt sich um Kügelchen aus Papier, auf das fromme Gedanken geschrieben wurden. Die Hierarchie macht dieses Spiel mit, um das Volk ruhig zu halten. So erhält die traditionelle Religion Unterstützung durch die bestehende Gesellschaft und deren Führung. Sie wird auch durch eine große Öffentlichkeit, beispielsweise durch das Fernsehen, gestärkt.

Wenn es keine Religion gäbe, wäre das Leben der Armen ohne Hoffnung, denn Religion nährt die Hoffnung. Man glaubt, Gott werde schon helfen, es sei nur wichtig, viel zu beten. Diese Religion können wir nicht einfach zerstören, ohne den Armen das zu nehmen, was ihnen erlaubt, zu überleben. Vor seinem Tod hat Pierre Bourdieu ein Buch über das Elend der Welt verfasst. Er schrieb eigentlich über das Elend in Paris. Die Armen, die er befragt hatte, waren Arme ohne

Religion – eben die Armen in Paris: Menschen ohne Freude, ohne Hoffnung, ohne soziale Bindungen. Die Armen in der „Dritten Welt“ sind anders: Menschen, die sich über alles Mögliche freuen, die kommunikativ sind, die ihre Feste feiern, auch wenn sie es mit einfachen Mitteln tun. Elend mit Religion ist weniger elend. Diese Religion wird nicht so schnell verschwinden – und das ist gut so. Sie ist ein Zeichen des Lebens mitten in einer Welt, die sonst nur Zeichen des Todes für die große Mehrheit der Armen bietet.

#### IV. Die Demokratie in der „Dritten Welt“

Lassen Sie uns an die Demokratie in Lateinamerika und Afrika erinnern (weniger in Asien, wo es Systeme mit uralten und tiefen Wurzeln gibt, die einzuschätzen hier kaum möglich ist). Als Lateinamerika und Afrika unter Ausnutzung günstiger Umstände ihre Unabhängigkeit gewonnen haben, sei es auch nur, weil die Kolonialmächte keine Möglichkeit oder kein Interesse mehr hatten, begannen sie, die Institutionen derjenigen Länder nachzuahmen, von denen sie kolonialisiert wurden. Man hat die Systeme der Kolonialherren importiert, was einfach war, da diese selbst schon mit der Einführung ihrer Systeme begonnen hatten.

Als die Nationen Lateinamerikas unabhängig wurden, traten sie in eine neue Abhängigkeit ein. Sie importierten nämlich aus den USA, aus England oder aus Frankreich eine politische Struktur, die Demokratie genannt wurde. Diese Demokratie funktioniert im Einklang mit den Regeln des importierten Modells: Wahlen, Präsidentschaftsformen wie in den USA, Abgeordneten- und Senatorenwahlen, politische Parteien mit gegensätzlicher Ausrichtung, Gewaltenteilung und Autonomie der Justiz; dazu noch Religions-, Presse-, Meinungs-, Versammlungs- und Marktfreiheit sowie die Anerkennung des Privateigentums.

Es kommt vor, dass gleiche Institutionen in unterschiedlichen Nationen nicht die gleichen Wirkungen erzielen. In Lateinamerika fehlten ihnen die historischen Wurzeln, so dass sie nicht die erwünschten Erfolge bringen konnten. In der konkreten Praxis heißt das, dass exekutive und legislative Macht in den Händen der Elite blieben, die Wahlen wie Wähler zu manipulieren verstand. Die Justiz wurde zu einer Klassenjustiz, die für die Mächtigen Straffreiheit garantiert und sich gegenüber den Delikten der Armen unnachgiebig zeigt.

Bis heute hat sich diese gesellschaftliche Struktur nicht verändert. Die Herrschenden sind noch immer die gleichen, eine kleine Elite, die über alle Machtmittel verfügt und direkt mit den Mächtigen aus der „Ersten Welt“ verbunden ist.

Heutzutage sind die Herrschenden die größten Verteidiger der Demokratie, weil sie ein System darstellt, das sich von ihnen mit Leichtigkeit manipulieren lässt. Für die Armen ist die Demokratie eine Farce, eine Komödie – allerdings eine Komödie, die von den Nationen einen hohen Preis verlangt. Die politischen Parteien sind lediglich die Mittel, mit denen die Mächtigen ihre Macht über die Politik organisieren. So sind die demokratischen Institutionen die größten Hindernisse für jegliche gesellschaftliche Veränderung. Was passiert, ist genau das

Gegenteil von Veränderung. Die Versammlungen der Politiker dienen nur dem Zweck, die gesellschaftliche Machtverteilung unverändert zu lassen. Die „Justiz“ übt sich in systematischer Diskriminierung.

Im 20. Jahrhundert wuchs in allen Ländern eine Mittelklasse, die das Funktionieren der Institutionen absichert. Allerdings ist es ihr nie gelungen, die tatsächliche Macht zu ergreifen.

Glaube und Politik – herausgefordert durch die Globalisierung

## V. Die zentrale Herausforderung und die Politik

Die zentrale Herausforderung lautet, wie man die Ungleichheit, die durch das koloniale System hervorgerufen wurde und die bis heute besteht, überwinden kann. Die Kolonialherren haben im Land eine Klasse aus Besitzenden und Verwaltenden geschaffen, der sich Handeltreibende angeschlossen haben und Schritt für Schritt auch Gründer von Industrieunternehmen. Die Landbesitzer stellen die herrschende Klasse dar, selbst wenn diese Klasse heute andere Privilegien genießen mag. Landbesitz bleibt das Symbol dafür, dass die Besitzenden zur herrschenden Klasse gehören. Aus diesem Grund ist eine Landreform so schwierig zu erreichen.

Unterhalb der herrschenden Klasse sind die Ausgeschlossenen. Sie sind die Sklaven und Nachfahren der Sklaven, die indigenen Bevölkerungen und deren Nachfahren, die Mestizen. Diese ganze Bevölkerung ist bis heute marginalisiert. Ein Teil hat Arbeit im neuen Produktionssystem gefunden und bietet seine Arbeitskraft fast für umsonst an. Ein anderer Teil bildet die Klasse der Ausgeschlossenen, jene, die einfach übrig geblieben sind und für die es keine Arbeit gibt.

Zwischen Herrschenden und Ausgeschlossenen besteht ein Abgrund, dessen Größe mit der Zeit noch zunimmt. Die herrschende Klasse wurde reicher und die anderen überlebten und nahmen an manchen Orten noch zu. Die gegenwärtige Situation hat ihre Wurzeln in der Kolonialisierung, die nie wirklich überwunden wurde. Darin besteht die Herausforderung. Indios sind immer noch Indios, Schwarze sind weiterhin Schwarze, Mestizen bleiben Mestizen, und Weiße bleiben Weiße.

Was lässt sich für die Ausgeschlossenen tun, damit sie wie wahre Menschen behandelt werden? Der Lohn eines Arbeiters in den kolonisierenden Ländern ist fünf oder zehn Mal größer als der in den kolonisierten Ländern. Wie kann es

### *Der Autor*

*José Comblin, geb. 1923 in Brüssel, wurde 1947 zum Priester geweiht und 1950 in Löwen/Belgien zum Doktor der Theologie promoviert. Er lehrte Theologie an verschiedenen theologischen Fakultäten Europas und Lateinamerikas und war in Chile, Brasilien und Ecuador als Seelsorger tätig. Zahlreiche Veröffentlichungen; auf Deutsch sind greifbar: Das Bild vom Menschen. Die Befreiung in der Geschichte (Düsseldorf 1987); Der Heilige Geist. Gott der sein Volk befreit (Düsseldorf 1988); Das Problem des Klerus (in: „Der unterbrochene Frühling – Das Projekt des II. Vatikanums in der Sackgasse“, hg. von Alberto Moreira u.a., Münster 2006). Für CONCILIUM schrieb Comblin zuletzt über „Die Zeichen der Zeit“ in Heft 4/2005. Anschrift: Cx.P. 13, Bayeux/PB, Brasilien.*

einen Dialog zwischen den Klassen geben, wenn für manche der Lohn nur so gerade zum Überleben reicht? Dabei sind die Arbeiter sogar noch privilegiert, wenn man auf die Menschen schaut, die in der informellen Wirtschaft arbeiten. Die zwei Welten, die von der Kolonialisierung gebildet wurden, bestehen bis heute fort. Alle Neuerungen in wirtschaftlicher, technologischer oder politischer Hinsicht haben die ursprüngliche Ungleichheit immer nur gefestigt.

Wie kann diese Situation überwunden werden? In Kuba war es möglich, weil die komplette alte herrschende Klasse, die Nachfahren der Kolonialherren, nach Miami emigrierte - eine Ausnahmesituation. Selbst die USA wären nicht in der Lage, die herrschenden Klassen aller lateinamerikanischen Länder aufzunehmen, so wie auch Europa nicht in der Lage wäre, die herrschenden Klassen Afrikas zu übernehmen. Es gibt schon heute Millionen Afrikaner der Oberklasse, die Zugang zur kolonialen Kultur hatten und nach Europa geflohen sind. Aber es ist unvorstellbar, dass Europa alle Afrikaner aufnimmt, die emigrieren möchten.

Die Unabhängigkeit hat die duale Struktur der kolonialen Gesellschaft nicht überwunden. Im Gegenteil - sie verstärkte sich noch, da die Macht der Könige an der Spitze der kolonisierenden Länder immerhin noch in der Lage war, Arroganz und Gier der Kolonialherren ein wenig zu zügeln. Mit der Unabhängigkeit mussten die Landbesitzer und die Mächtigen bei der Ausdehnung ihrer Herrschaft keinerlei Grenzen mehr respektieren. Selbst die Ausrufung der Demokratie hat nichts an dieser Grundstruktur geändert. Es gab nur den einen Versuch in Chile, das einzige Beispiel für eine gesellschaftliche Revolution innerhalb des Rahmens demokratischer Institutionen. Dieser Versuch scheiterte vollständig, und es hat seitdem keine weiteren Versuche gegeben. Es war allzu deutlich geworden, dass mit den Mitteln einer oberflächlichen Demokratie in den alten Kolonien keine grundlegende Veränderung der Gesellschaft möglich ist. Die sogenannte Demokratie ist nicht in der Lage, die Spaltung der kolonial geprägten Gesellschaft zu überwinden.

## VI. Der Fall Hugo Chavez in Venezuela

Mit Hugo Chavez beginnt eine neue Epoche in der Geschichte Lateinamerikas. Hugo Chavez ist Indio. Schon das würde genügen, um den Hass der traditionellen Oligarchie zu erklären. Chavez weiß, dass er sich einen massiven Konflikt mit der Oligarchie nicht leisten kann und er erträgt ihre unerbittliche Opposition. Parallel dazu setzt er jedoch ein neues politisches Projekt um. Ohne die Privilegien der herrschenden Klasse zu zerstören schafft er neue Strukturen im Bereich der Gesundheit, der Bildung, des Wohnungsbaus und des Landbesitzes.

Hugo Chavez hat sich nicht auf einen frontalen Konflikt mit den problematischen demokratischen Institutionen eingelassen, sondern es ist ihm gelungen, sie in eine Richtung zu lenken, die es ihm ermöglicht, dass er innerhalb ihrer Strukturen die volle Macht einnehmen kann. So ließ er sich mehrfach durch Volksabstimmungen bestätigen. Er erreichte das Ansehen eines Helden, als er nach einem

Putschversuch ins Gefängnis kam. Das Gefängnis machte ihn zu einem Heiligen. Er war nämlich Mitglied einer Gruppe in der Armee, die das schreckliche Massaker des Heeres, das in Caracas 1992 passierte, nicht billigte. Sein Widerstand machte ihn zu einem Nationalhelden. Es gelang ihm, die Masse des Volkes zu bewegen und sich mit ihm gegen das System zu stellen. Sie zeigten so, dass die Kräfte des Volkes wirkliche Kraft bekommen, wenn sie in massiver Form eingesetzt werden.

Die Politik von Hugo Chavez konzentriert sich auf die Schaffung eines effizienten allgemeinen Schulsystems und eines vorbeugenden Gesundheitssystems mit örtlichen Behandlungsmöglichkeiten, wie es im kubanischen Modell entwickelt wurde. Diese Reformen haben im Volk Begeisterung hervorgerufen und Kräfte wachgerufen, die lange geschlafen haben. Außerdem hat er auf dem Land eine erste Agrarreform durchgeführt. In den Städten hat er eine wirksame Wohnungspolitik für die Bevölkerung durchgesetzt. Dies alles war möglich dank der Rückführung der Ölvorkommen, die in Händen einer wahren Mafia lagen. In Venezuela ist die Politik mit Hugo Chavez inmitten des Volkes auferstanden. Was Raub und Korruption war, verwandelte sich in eine Praxis menschlicher Entwicklung und der Rettung der Armen. Niemand aus der einfachen Bevölkerung wird sagen, dass Hugo Chavez sich bereichere oder korrumpiert sei, wie man es von den vorherigen Präsidenten immer gesagt hat. Damit hat die Politik ihre verlorene Würde zurückgewonnen – eine Politik, die auf der Unterstützung der Massen des Volkes beruht.

Auf Hugo Chavez folgte Evo Morales in Bolivien. Auch er begegnete einer starken Opposition im Kongress, in dessen Senat die traditionellen Eliten eine Mehrheit hatten. Aber es gelang ihm dank des Eingreifens der Masse der Bevölkerung, die Situation zu wenden und große Machtbefugnisse zu bekommen. In diesem neuen Modell der Politik liegt die Macht in der Mobilisierung von Millionen von Armen.

Auf Evo Morales folgte Rafael Correa in Ecuador. Auch ihm ist es dank der massiven Präsenz des Volkes, vor allem der indigenen Bevölkerung, gelungen, sich von einem feindlich eingestellten Kongress zu befreien. Niemand wird behaupten, dass Correa raube oder korrumpiert sei, wie man es von allen seinen Vorgängern der letzten Jahrzehnte sagte. Die Politik ist durch die Mobilisierung der Bevölkerung auferstanden, denn das Volk der Armen hat begonnen, daran zu glauben, dass es fähig ist, etwas zu erreichen.

Unsicher ist, ob wir Daniel Ortega auch nennen sollten, der nun gewählter Präsident Nicaraguas ist. Der Sandinismus hat sich nach der letzten verlorenen Wahl sehr verändert. Diese Niederlage war eigentlich eine militärische gewesen. Der Sandinismus wurde Opfer eines schmutzigen und heimlichen Krieges, den die USA in Nicaragua führten. Ein kleines Land wie Nicaragua kann der Macht der USA nichts entgegensetzen. Vielleicht macht diese Erfahrung aus der Vergangenheit Daniel Ortega heute ängstlich?

Ähnliche Entwicklungen gab es in Peru, in Mexiko, in Paraguay – allerdings ohne bislang die Machtverhältnisse verändern zu können. Voraussichtlich werden verschiedene Länder dem von Hugo Chavez vorgezeichneten Weg folgen. Die

größten Länder, Brasilien und Argentinien, haben zwar nicht die Regierung gewechselt, aber doch auf ihre Weise Sympathien gezeigt, auch wenn sich Lula in seiner zweiten Regierungsperiode eher konservativ verhält und nach Bündnissen mit den traditionellen Eliten Ausschau hält.

Alle diese Bewegungen haben einen Anführer, dem es als Volkshelden gelingt, das Volk aus seiner Resignation herauszuholen und neu zu beleben. Das Volk entzieht dem Kongress die Macht und übergibt sie in großem Umfang seinem Anführer.

Manche sehen in diesen Entwicklungen eine Wiederkehr des Populismus der fünfziger Jahre des letzten Jahrhunderts, für den Getúlio Vargas in Brasilien und Perón in Argentinien standen. Die Diskussion über das Konzept des Populismus ist noch nicht abgeschlossen, was uns hier nicht weiter beschäftigen soll. In jedem Fall ist aber sicher, dass Getúlio Vargas die einzige Person war, die ein wenig Veränderung in der Gesellschaft Brasiliens erreicht hat, ebenso wie es Perón für Argentinien war. Die heutigen Bewegungen scheinen stabiler zu sein als damals, und sie können auf eine Bevölkerung zählen, deren Bewusstseinsbildung fortgeschrittener ist.

In gewisser Weise können wir von einer Auferstehung der Politik sprechen. Das Volk, das geschlafen hat, ist wach geworden. Es war ein gelähmtes Volk und wird jetzt aktiv. Politisches Bewusstsein ist zurückgekehrt oder erscheint überhaupt zum ersten Mal, weil das Volk entdeckt hat, dass es handeln kann und dass es vieles gibt, was es tun kann. Ihrem Anführer gelingt es, die Kräfte des Volkes zu wecken und das Volk selbst findet so zu seinem Selbstvertrauen zurück. Heute wissen wir noch nicht, wohin diese Bewegung das Volk führt und wie die kolonialen Eliten reagieren werden. Mit Sicherheit wird vieles vom Verhalten der USA abhängen.

Den neuen Anführern gelingt eine Rekonstruktion der Staaten, nachdem es den wirtschaftlichen Kräften lange gelungen war, alle Handlungsinitiativen der Staaten der „Dritten Welt“ zu unterbinden. Ohne den Wiederaufbau des Staates ist keine gesellschaftliche Veränderung möglich. Nur ein starker Staat kann entscheidende Schritte im Kampf gegen die Zurückweisung der Ausgeschlossenen gehen. Nur ein starker Staat kann die Entwicklung einer Gesellschaft mit weniger Ungleichheit vorantreiben. Die großen Institutionen der globalisierten Welt verteidigen die Interessen der Multinationalen und der Investoren aus der „Ersten Welt“: der Internationale Währungsfonds, die Weltbank, die Welthandelsorganisation usw. Diese Institutionen verteidigen die Demokratie in allen Ländern der „Dritten Welt“, weil sie wissen, dass sie die Regierungsform ist, die es ihnen erlaubt, die Länder zu dominieren und von neuem zu kolonialisieren. Es geht ihnen nicht um die Wertschätzung der Demokratie an sich.

## VII. Die katholische Kirche im Kontext der neuen politischen Bewegungen

*Glaube und Politik – herausgefordert durch die Globalisierung*

In Venezuela haben sich der gesamte Episkopat und die Mehrheit des Klerus auf die Seite der privilegierten Klasse gegen Hugo Chavez gestellt. Der Widerstand seitens des Nuntius und des Kardinals von Caracas wurde so stark, dass der Vatikan sich gezwungen sah, beide zurückzuziehen und an ihre Stelle moderatere Personen zu setzen, die zwar auch gegen die Regierung sind, aber mit weniger Vehemenz.

In Bolivien ist die Opposition weniger stark, aber die Kirche unterstützt Evo Morales nicht. In Ecuador steht die Hierarchie nicht auf der Seite von Rafael Correa. In Paraguay wurde der Präsidentschaftskandidat, der selbst Bischof war, verurteilt. Er selbst ist von seinem Bischofsamt zurückgetreten und hat um seine Entlassung aus dem Priesterstand gebeten, was aber nicht akzeptiert wurde. Die Antwort aus Rom bestand in dem Versuch, seine Wahl einfach zu verbieten. In Nicaragua war der Episkopat immer gegen den Sandinismus eingestellt. Die Korruption während der ersten sandinistischen Regierungsperiode hat Streitigkeiten und Ablehnung seitens einiger Personen erzeugt, die zuvor mitgearbeitet hatten. Die Mehrheit der Bevölkerung hat die Regierung unterstützt, aber jetzt ist nicht klar, wohin die Entwicklung geht. In anderen Ländern hat die Kirche zu verhindern geholfen, dass ein revolutionärer Kandidat gewinnen könnte, so geschehen beispielsweise in Mexiko und in Peru.

Hierarchie und Klerus haben ihre Berufung zur Demokratie entdeckt: Sie stellen sich gegen die neue Regierung im Namen der Demokratie. Faktisch übernehmen sie die Argumente der lokalen Bourgeoisie und verteidigen eine nicht existierende Demokratie. Die Fürsprecher der Demokratie sind die Privilegierten, die genau wissen, wie sie die Demokratie manipulieren können. Zugleich erlaubt die Ideologie der Demokratie ihnen die Illusion, zum Club der entwickelten Länder zu gehören. So haben sie die ganze Ideologie auswendig gelernt, ohne zu sehen, dass sie in der Realität nicht funktioniert, sondern nur auf dem Papier und in Diskursen besteht.

Es gibt aber auch Minderheiten, die die Volksbewegungen unterstützen. Man kann nicht behaupten, dass die neue politische Bewegung eine Gefahr für die Kirche wäre. Hugo Chavez verpasst keine Gelegenheit zu betonen, dass er Christ und dass seine Revolution aus der Lehre Jesu inspiriert ist. Rafael Correa ist den Salesianern sehr eng verbunden.

Das katholische Volk identifiziert sich mit den neuen Bewegungen. Es interessiert sich nicht für die Haltung der Hierarchie und des Klerus, sondern es erkennt seinen christlichen Glauben in den Bewegungen wieder. Die Gesundheits- und die Bildungspolitik sind an erster Stelle wichtige Symbole: Hier zeigt sich die Gegenwart des Reiches Gottes.

Die neuen Bewegungen sind radikal pazifistisch. Vor dreißig Jahren haben sich viele Menschen aus dem einfachen Volk von den revolutionären Bewegungen fern gehalten, weil sie diese mit der Gewalt einiger Leute an der Spitze identifiziert

haben. Heute gibt es davon nichts mehr. Gewalttätig sind die Konservativen der herrschenden Klassen.

Politik zu machen heißt, die neue Bewegung mit aller Kraft zu unterstützen. Außerdem heißt es, an den Programmen der sozialen Reform der neuen Regierung mitzuarbeiten. Das christliche Volk tut dies mit der Überzeugung, diejenige Politik zu praktizieren, die dem Willen Gottes entspricht und die Jesus uns gelehrt hat.

## VIII. Die Weltpolitik

Die Kontinente, die einst kolonialisiert wurden, haben entdeckt, dass sie zusammenrücken müssen, wenn sie starke und wirksame Staaten bilden möchten, die in der Lage sind, eine wichtige Rolle in unserer Welt zu spielen. Solange die USA ihre Diplomatie gegenüber jedem einzelnen Staat ausüben, können sie die Staaten ihren Vorstellungen gemäß unterwerfen. Sie erreichen, dass der lateinamerikanische Staat zum Diener der großen multinationalen Konzerne wird und in Abhängigkeit von den Finanzgeschäften der großen Wirtschaftsinstitutionen gefangen bleibt.

Daraus folgt, dass sich die Staaten zusammenschließen und gemeinsame Programme entwickeln müssen, mit denen sie geschlossen auf die Vorschläge der USA reagieren. Diesen Weg hat Lateinamerika in den letzten Jahren schon eingeschlagen. Politik heißt hier, für die Zusammenarbeit und das Miteinander der lateinamerikanischen, zumindest der südamerikanischen Länder, zu kämpfen. So wurde der Mercosul (gemeinsamer Markt in Südamerika) geboren, dem schon mehrere Länder beigetreten sind. Das Widerstandspotenzial des Mercosul hat bislang verhindert, dass die USA ihren Plan ALCA (Amerikanische Freihandelszone) durchsetzen konnten, mit dem sie den ganzen Kontinent beherrscht hätten.

Hugo Chavez geht mit seiner Politik über den Beitritt zum Mercosul hinaus und strebt eine weitergehende Zusammenarbeit auf dem Gebiet der gemeinsamen Sozialpolitik an. Zurzeit tun sich Kuba, Venezuela, Bolivien und wahrscheinlich auch Ecuador zusammen, und andere Partner können noch dazukommen.

Bislang sind die sozialen Bewegungen noch kaum weltweit miteinander verbunden. Im landwirtschaftlichen Bereich beginnt der Aufbau gemeinsamer Kommunikationsstrukturen zwischen unterschiedlichen kleinbäuerlichen Organisationen durch die internationale Bewegung *Via Campesina*. Im Bereich der großen Gewerkschaften der Arbeiter im städtischen Raum ist die internationale Zusammenarbeit noch schwach ausgeprägt.

Als die Kirche 1955 dank der Hellsichtigkeit von Bischof Helder Câmara (Brasilien) und Bischof Manuel Larraín (Chile) den CELAM (Lateinamerikanischer Bischofsrat) gründete, hat sie in gewisser Weise eine Vorreiterrolle eingenommen. Die Konferenzen von Medellín (1968) und Puebla (1979) haben diesen Impuls zu gemeinsamer Pastoralplanung in allen Ländern der Region bekräftigt.

Allerdings hat es bislang erst wenige Schritte gegeben, um die nationalen kirchlichen Programme in übergreifende Projekte zu integrieren. Die Verurteilung der Befreiungstheologie hat die Ziele einer theologischen Integration Lateinamerikas und einer gemeinsamen Vision für den Kontinent zerschlagen. Auch die Quasi-Verurteilung der Basisgemeinden hat diese auf dem ganzen Kontinent zerstört. Nach einer römischen Einmischung verschwand auch das Vorhaben, die Ordensleute Lateinamerikas zusammenzubringen, wie es vom Lateinamerikanischen Ordensrat beabsichtigt worden war. Die jüngste Konferenz des CELAM in Aparecida (Brasilien) versuchte, eine schlafende Kirche neu zu beleben. Man wird sehen müssen, ob die Bischofskonferenz von Aparecida es geschafft hat, länderübergreifende Projekte anzustoßen. Für eine solche Einschätzung ist es noch zu früh.

Das Volk der Armen ist von einer Politik des kontinentalen Zusammenschlusses noch weit entfernt. Eine solche Integration resultiert eher aus diplomatischen Absprachen denn aus dem Druck der Bevölkerung. Allerdings haben einige inspirierende Personen im Bewusstsein des einfachen Volkes einen Platz gefunden: Die wichtigste Person ist Bischof Oscar Romero, der in allen Ländern verehrt wird. Doch so beispielhafte Personen wie die Bischöfe Helder Câmara, Manuel Larraín, Leonidas Proaño oder Enrique Angelelli sind kaum über die Grenzen ihrer eigenen Länder bekannt geworden. Einige Theologen erreichen dagegen kontinentale Anerkennung, wie z.B. Gustavo Gutiérrez, Leonardo Boff und – ganz aktuell dank der Öffentlichkeit, die durch die Glaubenskongregation hergestellt wurde – Jon Sobrino.

Ein langer Weg liegt noch vor uns. Die sich ausweitende Verehrung der Jungfrau von Guadalupe begleitet uns und eröffnet uns diesen Weg. Ihre Verehrung wird so zu einem Symbol der Einheit der ganzen Region.

Zurzeit hat die römische Zentralisierung so sehr zugenommen, dass die wahre Hauptstadt der lateinamerikanischen Kirche Rom heißt. Die Bischöfe wurden bestellt, um die Aufgabe der Romanisierung zu erfüllen. Fast alle Theologen werden in Rom ausgebildet. So konnte Rom selbst andere europäische Länder ausstechen. Die Tatsache, dass fast alle Professoren in den Seminaren in Rom ausgebildet wurden, schafft eine riesige Homogenität. Studenten aus allen Ländern lernen alle das Gleiche, auch wenn es nichts mit der Realität in ihren Ländern zu tun hat. Sie lernen ein weltweites System kennen, das keine Wurzeln in den verschiedenen Kontinenten besitzt. So wird die Einheit der lateinamerikanischen Kirche gegenwärtig durch Rom hergestellt: in den Bereichen der Theologie, des Stils, der Liturgie, des Gefühls der Überlegenheit und des Formalismus. Der größte Teil der Bischöfe wurde in Rom ausgebildet. Sie verfügen kaum über Kontakte zwischen den einzelnen Ländern, wohl aber über Kontakte nach Rom. Der Papst hat so eine radikale Zentralisierung erwirkt, in der die ganze Welt gleich ist.

Nur wenige lateinamerikanische Missionare wirken in Afrika, noch weniger wirken in Asien. Daher herrscht eine quasi vollständige Unkenntnis über diese Kontinente. Ab und zu wird die Notwendigkeit der Gemeinschaft mit den unter-

schiedlichen Kirchen der ganzen Welt zwar benannt, aber es bleibt beim Reden. Es gibt viele Millionen Lateinamerikaner in den USA und in Europa, aber sie fühlen sich dort nicht als Missionare. Sie haben nie eine missionarische Mentalitätsbildung erfahren, wie sie früher in Irland oder in Westeuropa im 19. und 20. Jahrhundert ausgeprägt war. Dieses missionarische Bewusstsein baut auch auf einer Wertschätzung der eigenen Kultur, des eigenen Landes und der eigenen Geschichte auf. Bis heute haben die Völker Lateinamerikas dagegen noch immer ein Gefühl der Unterlegenheit. Sie sehen es als Fortschritt, im Ausland zu studieren. Dabei verharren sie allein in der Absicht des Lernens im Ausland, und realisieren nicht die Chance des Lehrenkönnens. Sie greifen den Lebensstil entwickelter Länder auf und sehen keine Perspektive, diese zu evangelisieren. Die Ideologie der Globalisierung fördert in jedem Land der „Dritten Welt“ die Überlegenheit der „Ersten Welt“ und das Gefühl der Notwendigkeit, sich in Abhängigkeit von ihr begeben zu müssen. Das Volk meint, das sei normal. Die Priorität für die „Dritte Welt“ besteht noch immer in der Überwindung der kolonialen Unterdrückung. Das ist das zentrale politische Problem. Die demokratischen Regierungen scheitern darin, die Völker zu diesem neuen Bewusstsein zu führen. Den neuen Regierungen scheint das jedoch zu gelingen. Da liegt die Herausforderung.

Aus dem Portugiesischen übersetzt von Dr. Arnd Bünker

## Das Christentum und der globale demokratische Prozess

Felix Wilfred

*„Ich verkünde nicht die Frohbotschaft der Demokratie; ich verkünde die Frohbotschaft des Evangeliums; Teil der Frohbotschaft sind natürlich auch alle Probleme der Menschenrechte; und wenn Demokratie Menschenrechte meint, dann gehört sie auch zur Botschaft der Kirche.“*

Johannes Paul II. bei einer Pressekonferenz auf dem Flug nach Südamerika 1987

Demokratie hat sich im allgemeinen Bewusstsein der Menschheit so sehr als unwiderlegbarer Standard menschlichen Verhaltens etabliert, dass selbst die autoritärsten Regime eine demokratische Maske anlegen und barbarische Diktatoren gern unter dem Banner der Demokratie mitmarschieren. Wahr ist jedoch, dass wir uns in einer Periode befinden, in der nicht einmal die Hälfte der